

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Erreisensbezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich Saldo-Abrechnung, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 2-4.

Die schlagfertige Wappensteinle über deren Name kostet 4,- M. einschließlich Transportzuschlag. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wört-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4510, 4603, 4635, 4640, 4821

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Phantastische Gerüchte

Etwas mehr Besonnenheit!

Wir haben bereits heute früh gesagt, daß die Bestürzung und die Erregung, die die Beschlüsse der Vorkonferenz in Deutschland hervorgerufen haben, durchaus begreiflich sind. Wir stehen in einer sehr ernsten Situation. Das entbindet aber weder die Regierung, noch die Parteien, noch die Presse von der Pflicht, alles zu vermeiden, was die Erregung noch steigern kann. Gerade weil die Entscheidungen schwer und bedeutsam sind, ist es dringend notwendig, daß in aller Ruhe und Besonnenheit jeder Schritt erwogen wird. Zunächst ist doch jedenfalls das eine klar: der Beschluß der Vorkonferenz in der Wiedergutmachungsfrage ist ausdrücklich als Vorschlag bezeichnet. Ueber diesen Vorschlag muß noch verhandelt werden, und in diesen Verhandlungen werden alle jene Gründe angeführt werden müssen, die die Unmöglichkeit und die Schädlichkeit dieser Regelung sowohl für Deutschland als auch für das gesamte europäische Wirtschaftsleben nachweisen. Erst wenn diese Verhandlungen stattgefunden haben werden, sind positive Beschlüsse zu fassen. Es ist also durchaus verfehlt, heute schon den Eindruck hervorzurufen, als müßte sofort eine endgültige Entscheidung von deutscher Seite gefällt werden.

Tatsächlich verhält sich aber die Presse so, als müßte dies womöglich schon heute oder in den allernächsten Stunden geschehen, und allerlei phantastische Pläne und Gerüchte werden verbreitet, die die Erregung unnützlich steigern. So wird davon gesprochen, daß es notwendig sei, ein „Einheitskabinett“ von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen zu bilden, um eine geschlossene Front der Entente entgegenzusetzen. Also so etwas wie eine Neuaufwärmung des Burgfriedens. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß eine solche Idee völlig absurd ist, daß es sich gar nicht lohnen würde, sie zu erwähnen, wenn nicht als Zeichen, wach politische Kinderleien in deutschen Zeitungen diskutiert werden.

Etwas ernster zu nehmen ist der Plan, der namentlich vom „Berliner Tageblatt“ begünstigt wird, die Gelegenheit zu benutzen, um die Basis der Regierung durch Heranziehung der Rechtssozialisten zu erweitern. Das „Berliner Tageblatt“ behauptet sogar, daß einflussreiche Kreise der Rechtssozialisten diesem Gedanken zuneigen. Wir möchten dazu nur bemerken, daß es uns für denkbar verfehlt erscheint, die Verantwortung für den Gewaltfrieden, der das Resultat des imperialistischen Krieges ist, zu übernehmen, statt diese Verantwortung denjenigen zu überlassen, die auch die Verantwortung für den Krieg und seine Verlängerung tragen. Eine Erweiterung des Kabinetts hätte politischen Sinn nur, wenn die Deutschnationalen, die Träger der Kriegspolitik, dann auch die Verantwortung für die endgültige Liquidierung des Krieges übernehmen müßten. Den Sozialismus mit dieser Verantwortung zu belasten, wäre eine ebenso schwere politische Todsünde, wie es der Eintritt in das Kabinett des Prinzen Max gewesen ist, der nur zur Folge hatte, daß die Schuld Wilhelms, Helfferichs und Ludendorffs den Rechtssozialisten und Erzberger aufgebürdet wurde. Wenn die Rechtssozialisten zum zweiten Mal diese politische Torheit begehen wollten — über sozialistische Prinzipien mit ihnen zu diskutieren hätte ja doch keinen Sinn —, dann könnten wir sie nicht hindern, aber wir möchten wenigstens davor gewarnt haben.

Daß alle Nachrichten, die über die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie oder einzelner Mitglieder in der Presse verbreitet werden, vollständig falsch sind, möchten wir zum Schluß noch ausdrücklich hinzufügen. Die Fraktion wird erst im Laufe des heutigen Tages zur Situation Stellung nehmen.

Berliner Pressstimmen

Wie nicht anders zu erwarten, haben die Pariser Beschlüsse das lebhafteste Echo in der Presse aller Parteien gefunden. Allgemein ist die Ablehnung, verschieden nur die Begründung. Die Heberschriften „Der Pariser Riesenbluff“, „Ein neues Versailles“, „Unmögliche Forderungen“, „Eine neue Schicksalsstunde“, „Der Sieg des Wahnsinns“ bezeichnen bereits den Inhalt. Daß die von uns als ökonomische Unmöglichkeiten bezeichneten Pariser Beschlüsse einen Teil der Presse, die es am allerwenigsten nötig hat, willkommenen Anlaß gibt, in nationalifeische Kasereien zu verfallen, ist nur natürlich. Sie wirken in dieser Angelegenheit doppelt blödsinnig, einmal, weil sie von denselben Leuten ausgehen, die an der ganzen Misere den her-

vorragendsten Anteil haben, und zum andern, weil sie selbst keine vernünftige Regelung vorschlagen können.

Wir geben nachfolgend einige Ausschnitte aus der heutigen Morgenpresse:

„Kreuz-Zeitung“:

Das Reichskabinett hat bis zur Stunde noch keine Entschlüsse gefaßt. Wir erwarten, daß es die Festigkeit zeigt, die die Mehrheit des deutschen Volkes von ihm erwartet. Wir würden es für einen Fehler halten, an die für Ende Februar in Aussicht gestellte Londoner Zusammenkunft zwischen der Entente und deutschen Delegierten irgendwelche Hoffnungen zu knüpfen. Auch in den Ruf der „Vossischen Zeitung“ „Zurück zu Sendoux“ können wir nicht einstimmen. Der Fall Sendoux war eine Falle, die uns gestellt worden ist. Die Kullissenarbeit Lloyd Georges und Poincarés, der stets hinter Briand mit der Heppelische steht, hat über die Sachlichkeit der Brüsseler und Pariser Vorbereitungen, mit deren Methode wir allerdings nicht immer übereingestimmt haben, den Sieg davongetragen, einen Sieg, der freilich Deutschlands Verderben, aber auch damit Unübersehbares für unsere Feinde in sich schließt.

„Post“:

„Wenn wir das gewußt hätten“, wird in diesen Tagen mancher im Deutschen Reiche sagen, der in dem Glauben an den „edlen Feind“ oder aus anderen Motiven mit zur Wehrlosmachung Deutschlands beigetragen hat. Jetzt ist es zu spät. Aber im Oktober 1918, da hatte Deutschland die 50 000 Geschütze und 60 000 Maschinengewehre noch, die es seitdem zerstört oder ausgeliefert hat. Damals waren noch viele Millionen deutscher Männer unter Waffen, arbeiteten zahllose Fabriken nichts als Kriegsmaterial, standen die Strombarrieren der Raas und des Rheins, das deutsche Festungssystem, der nahe Winter noch als fast unüberwindliche Schwierigkeiten vor den ermüdenden Feinden. Damals konnten wir zwar nicht mehr um den Sieg, aber sehr wohl um einen anständigen Frieden kämpfen.

„Deutsche Tageszeitung“:

Es kommt aber hinzu, daß allein schon die Selbstachtung jeder Regierung verbietet, über Annahmen zu verhandeln, wie sie in der Reparationsnote gestellt werden. Die Forderungen der Fiskalkontrolle, der eventuellen Verwaltung der Röhre durch die Reparationskommission bedeuten nichts weiter, als das Ende deutscher Souveränität, als die Herabwürdigung Deutschlands zu einem Staatswesen von dem Range Ägyptens. Unter die Erhebung Deutschlands zur interalliierten Kolonie wird hoffentlich keine deutsche Regierung Brief und Siegel geben. Es kann gegenüber der Reparationsnote nur eine Stellungnahme geben, die freilich den Vorzug der Klarheit und Eindeutigkeit hat; unbedingte Ablehnung, nach der finanziellen wie nach der Verwaltungsseite. Einem auf die Macht gegründeten Diktat der Entente kann das ohnmächtige Deutschland freilich keinen Widerstand entgegensetzen; aber es kann sie wenigstens zwingen, sich in ihrer ganzen moralischen Schöner der Welt zu zeigen. Der brutalen Macht zu weichen, ist keine Schande. Die Entente kann uns vergewaltigen, aber sie kann uns nicht erniedrigen. Das können nur wir uns selbst. Und es geschähe mit einer auch nur teilweisen Anerkennung der uns gestellten Zumutungen.

„Vorwärts“:

Die Pariser Vorschläge bieten einer ruhigen Kritik so viele Angriffspunkte, daß nach einer gründlichen Aussprache wenig von ihnen übrigbleiben wird. Also, appellieren wir nicht an die Gefühle, sondern an die Vernunft! Diskutieren wir! Und scheuen wir uns nicht, praktische Vorschläge zu machen, die unserer Leistungsfähigkeit entsprechen! Daß wir gar nichts leisten können, glaubt uns im Ausland doch kein Mensch, sondern es heißt dann, daß wir nichts leisten wollen. Die Gewalt ist auf der andern Seite, aber die wirtschaftliche Vernunft auf der unsern, und mit der Zeit muß es sich herausstellen, wer von beiden Teilen den besseren Verbündeten hat. Wir werden in den ersten Jahren nach dem 1. Mai mit einer Diktatpolitik der Entente rechnen müssen. Aber das ist nichts Neues, das kann jeder wissen, der das Buch von Versailles gelesen hat. Der Kopf jeder merkwürdigerweise der einzige Gegenstand, der immer wieder verloren werden kann. Wir dürfen ihn aber jetzt nicht verlieren, da wir ihn nötiger brauchen denn je!

„Rote Fahne“:

Jeder Arbeiter wird sich an den Fingern abzählen, was für ihn die unmittelbaren Folgen der französisch-englischen Wiedergutmachungsforderungen sein werden: wachsende Arbeitslosigkeit durch den weiteren Zerfall der Wirtschaft, durch weitere Stilllegung, insbesondere der Betriebe, die ins Ausland exportieren, und verschärfter Ausbeutungsdruck in den Betrieben, die noch weitergehen. Diese unmittelbaren Folgen erscheinen unmittelbare Antworten, erscheinen die geschlossene Aktion der gesamten Arbeiterschaft, sowohl gegen die eigene Bourgeoisie als gegen die Sklavenhalter der Entente. Diese Antwort darf nicht allein in Worten und in Sympathieausdrücken für Sowjetrußland bestehen. Es muß eine Antwort in Taten sein: die tatsächliche Position von der bankrotten auswärtigen Politik der deutschen Bourgeoisie und ihrer Gefolgsmänner, der Unabhängigen und Mehrheitssozialisten, und die Sammlung aller Proletarier im Kampfe gegen das steigende Massenelend und den steigenden Wirtschaftszersall zu einer geschlossenen Front, die das Bündnis mit Sowjetrußland gegen alle Widerstände von innen und außen erzwingt.

„Vossische Zeitung“ (Georg Bernhard):

Wenn diese Vorschläge der Konferenz zur Tat werden, so bedeuten sie dem Namen nach die internationale Kontrolle der deutschen Wirtschaft. In Wirklichkeit bedeuten sie die englische Finanz- und Wirtschaftsherrschaft über

Europa. Lloyd George hat sich auch für den, der es bisher nicht glaubte, jetzt als ein — englischer — Staatsmann ganz großen Stilles gezeigt. Selten hat ein Politiker für sein Land einen solchen für Jahrzehnte bestimmenden Sieg errungen, wie der englische Ministerpräsident in Paris. Denn sein Werk ist dieser Vertrag, er selbst leugnet es auch nicht mehr. Nur in Deutschland gibt es in der Presse und auch an denselben Stellen des auswärtigen Amtes, die die Presse zu informieren haben, noch Männer, die das bestreiten. England ist das einzige Land (außer dem weit abliegenden Japan), das diesen Vertrag auszuhalten kann und von ihm Nutzen ziehen wird. Für Belgien, Frankreich und Italien ist das Pariser Abkommen nicht viel weniger als für Deutschland ein Schlag, den diese Länder nie verwunden werden. . . . Es muß jetzt jedermann auch in Deutschland klar geworden sein, wie furchtbar ernst die Situation ist, vor der Deutschland steht. Es wäre ein Frevel sondergleichen, die wenigen Monate bis zum 1. Mai tatlos verstreichen zu lassen. Es ist jetzt nichts mit Protestationen und auch nichts mit Trauerkundgebungen getan. Es heißt jetzt: handeln. Es darf jetzt in Deutschland nur noch ein Ziel geben: durch praktische Vorschläge auf der Grundlage des Sendoux'schen Planes zu beweisen, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen nicht entziehen, aber daß es leben und seine wirtschaftliche Freiheit bewahren will.

Das Urteil in England

Im Mittelpunkt des Interesses steht die von Deutschland geforderte Reparation, insbesondere die Frage der Haltung Deutschlands. Die Urteile der Presse gehen, der politischen Richtung der Blätter entsprechend, weit auseinander, während „Manchester Guardian“, „Westminster Gazette“ und „Star“ die Beschlüsse der Alliierten in der Reparationsfrage zum Teil scharf verurteilen, stimmen „Evening Standard“, „Globe“, „Ball Mall Gazette“ und „Evening News“ den Beschlüssen der Pariser Konferenz zu. Ueber die Haltung Deutschlands herrscht Unsicherheit. Die Mehrzahl der Urteile ist jedoch auf das Wort „Deutschland wird zahlen“ abgestimmt.

„Manchester Guardian“ schreibt: Wir können sehr dankbar sein, daß die vom Obersten Rat beschlossenen Reparationsbedingungen niemals durchgeführt werden können, da die Ausführung der Bedingungen ein Verbrechen gegen die Zivilisation bedeuten würde. Ein zivilisiertes Land kann nicht gezwungen werden, in solchem Umfange und über eine solche Zeitdauer Tribut zu bezahlen. Das Blatt legt ausführlich die Unmöglichkeit für Deutschland dar, der von ihm geforderten Reparation nachzukommen, und die verhängnisvollen Folgen für die Industrien der alliierten Länder, die eine Erfüllung der Bedingungen nach sich ziehen würde. In einem langen Artikel führt Keynes im „Manchester Guardian“ aus, daß eine Erfüllung der Bedingungen nicht möglich ist, und kommt zu dem Schluß, daß daher die Pariser Vorschläge nicht ernst gemeint sein könnten. Er schreibt, es sei nicht ganz klar, wie sich diese neuen Vorschläge zu dem Friedensvertrag verhalten sollten. Anscheinend haben sie den Vertrag auf und führten Elemente ein, die der Friedensvertrag nicht vorgezogen habe und verlangten daher von Deutschland die Annahme eines neuen Vertrages. Keynes hält es für möglich, daß Lloyd George vielleicht hoffe, die Londoner Konferenz werde ihm eine Gelegenheit geben, zu erreichen, was vernünftig ist.

„Westminster Gazette“ führt aus, die Politiker hätten wahrscheinlich nur an die Gegenwart gedacht und seien der Ansicht: „Nach uns die Sintflut“. Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, die auf den Bericht der Sachverständigen gegründete britische Ansicht auf der Konferenz sei dahin gegangen, daß wesentliche Reparationen nur geleistet werden können, wenn der Ausfuhrhandel Deutschlands entwickelt wird und Deutschland seine Waren abgenommen werden. Die jetzt beschlossenen Entscheidungen ständen jedoch dazu in einem vollkommenen Widerspruch. In den amtlichen britischen Kreisen habe man sich vollständig Rechenhaft darüber abgelegt, daß es schwierig sein werde, die deutsche Ausfuhr auch nur zwei Jahre zu kontrollieren, da die Frage dabei aufkommen müsse, welche Rolle die Neutralen und welche Rolle Amerika dabei spielen werde. Britische Kreise veranschaulichen sich auch keineswegs der Möglichkeit der Gefahr andauernder Streitigkeiten über die Reparationsfrage und seien durchaus der Ansicht, daß mit den jetzigen Beschlüssen die Frage nicht erledigt ist, selbst nicht zwischen Frankreich und England. Je mehr man den Pariser Reparationsplan betrachte, um so mehr sei man davon überzeugt, daß er nicht nur ganz schlecht ist, sondern, daß er auch von denen, die ihn ausgearbeitet haben, und deren wertvolle Ansichten darüber kein Geheimnis sind, für schlecht gehalten werde.

„Star“ schreibt, alles sei jetzt geregelt, nur nicht die Regelung selbst. 42 Jahre lang müßten die Alliierten bereit sein, ihre Dividenden auf den Spitzen ihrer Bajonette einzusammeln. Das Blatt schließt: Ist es nicht der Mühe wert, uns selbst zu fragen, welcher Reingewinn übrig bleiben würde, wenn wir am Ende der 42 Jahre die Kosten für die Bajonette von der Gesamtsumme, die wir erhalten haben, abziehen?

„Evening Standard“ schreibt: Jetzt, nachdem die Frage, was wird Deutschland zahlen, und wie wird es zahlen, von den Alliierten geregelt sei, sei das Hauptinteresse auf die Haltung der deutschen Regierung gerichtet. Deutschland werde vielleicht Gesegentlich haben, auf der Londoner Konferenz am 28. Februar keine finanzielle Lage klarzulegen.

„Globe“ schreibt: Hier ist die Rechnung, und sie muß und wird bezahlt werden. „Ball Mall Gazette“ schreibt: Die Ansicht, daß die Pariser Beschlüsse unüberwindlich seien, werde vielleicht Deutschland zugänglicher machen, besonders, wenn es Ratshail noch im Hintergrunde sehe.

